

## Parlamentarischer Abend im Holbornschen Haus



[v. l.] Karsten Stiemerling, Josef Engelhardt, Daniela Henkelmann, Dr. Dieter Hildebrandt, Willi Becker

Bereits zu einer schönen Tradition geworden ist der Parlamentarische Abend unseres Vereins. Dieses jährliche Zusammentreffen konnte 2018 wieder in dem angenehmen Ambiente des **Holbornschen Hauses** stattfinden.

Wieder wurde die Gelegenheit, bei welcher Politik, Verwaltung und unser Verein sich über aktuelle und/oder fortwährende Themen des Stadtgeschehens austauschen, rege genutzt, um über gemeinsame Handlungsfelder, Erwartungen, Planungsstände und Anregungen zu diskutieren.

In den letzten Jahren konnten diese **konstruktiven Dialoge** in Fachausschüssen und Arbeitskreisen, aber auch bei verschiedenen weiteren Gremien – wie dem Göttinger Bündnis für bezahlbares Wohnen – immer weiter vertieft werden. Hilfreich war es dann in allen Gesprächskreisen, dass gegenseitig die Ansprechpartner und ihre Kompetenzen für alle Themenfelder bekannt waren.

Als Gäste konnte der Vorstandsvorsitzende unseres H + G Göttingen e. V., Rechtsanwalt **Dr. Dieter Hildebrandt**, Fachanwalt für Miet- und WEG-Recht zahlreiche Ratsmitglieder aller Fraktionen – teilweise deren Vorsitzende – begrüßen; viele von ihnen Mitglieder des Bau- und Planungsausschusses sowie des Ausschusses für Soziales, Integration und Wohnungsbau: „Sehr erfreulich ist die Entwicklung, dass auch seitens der neuen Rats- und Ausschussmitglieder großes Interesse besteht, diese Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt fortzusetzen, wie die jährlich steigende Teilnehmerzahl zeigt. Einige Gäste waren im Vorjahr noch nicht dabei, daher beginnen wir den Abend wieder mit einer kurzen Begrüßungsrunde, in welcher alle Anwesenden sich und ihre Funktionen vorstellen“ eröffnete er die Parlamentarische Runde.

Fast die Hälfte der Ratsmitglieder waren vertreten und stellten sich und ihre Handlungsschwerpunkte vor, genauso

die Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter unseres Vereins. Anwesend waren in diesem Jahr auch wieder fünf Vertreter der Presse.

Um allen Wortbeiträgen in der immer großen und fachkompetenten Runde genug Raum für die stets angeregte Diskussion zu ermöglichen, beschränkte sich dieses Jahr die Tagesordnung auf ein Thema: **Straßenausbaubeiträge**.

Das Thema einleitend, ergriff Dr. Hildebrandt nach der Vorstellungsrunde wieder das Wort: „Von betroffenen Anliegern werden teilweise sehr hohe Straßenausbaubeiträge erhoben. Diese Kosten belasten viele Eigentümer extrem. Teilweise liegen die Beträge im höheren fünfstelligen Bereich. Insbesondere junge Familien oder ältere Immobilieneigentümer können diese Kosten in der Regel nicht (mehr) über einen Kredit finanzieren. In einigen Bundesländern und vielen Städten werden bereits keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben, da diese ein erhebliches Konfliktpotenzial mit den Anliegern, einen hohen Aufwand der Verwaltung bei der Ermittlung und Eintreibung der Beträge darstellen. Wie stellen Sie sich, dazu, meine Damen und Herren Mitglieder der Politik, der Fraktionen und Gruppen unseres Göttinger Stadtrates?“, fragte er in die Runde.

**Hans-Otto Arnold, CDU-Fraktion**, hob hervor, dass zwar im Bund die Einnahmen aus Steuern gestiegen seien. Für die Kommunen aber seien deren Steuern und Beiträge wichtige Einnahmequellen. Die Erhöhung der Grundsteuer solle daher auch nicht wieder zurückgenommen und die Erhebung der Straßenausbaubeiträge beibehalten werden. Eine Alternative dazu habe Göttingen nicht, denn die Landesregierung würde voraussichtlich den Haushalt nicht genehmigen, wenn die Stadt auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge verzichten würde oder die Grundsteuern wieder senken. „Wir sind gerade und zügig aus dem Haushaltssicherungskonzept heraus, das sollte bedacht werden!“



Susanne Et-Taib,  
Dr. Dieter Hildebrandt

**Felicitas Oldenburg**, hatte für die **FDP-Fraktion** in der letzten Ratssitzung einen Antrag auf Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eingebracht. Dieser wurde mit Unterstützung der SPD-Fraktion in den Finanzausschuss überwiesen. Ihr Statement lautete: „Die Erhaltung der Straßen ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Hier nur die direkten Anlieger zu belasten ist sozial nicht gerechtfertigt. Wie Herr Dr. Hildebrandt bereits ausgeführt hat, werden die Eigentümer teils mit Beträgen im höheren fünfstelligen abkassiert – ungerechtfertigter Weise. Die Straßen werden von allen benutzt, auch zum Beispiel von Pendlern. Außerdem ist die Rechtsgrundlage, auf welcher die Beiträge erhoben werden, meistens nicht gegeben: Die Anlieger haben keine wirtschaftlichen Vorteile, im Gegenteil. Nicht umsonst haben ein Drittel der Kommunen in Niedersachsen diese Beiträge abgeschafft bzw. geändert.“



Lutz Knopek, Felicitas Oldenburg,  
Thorben Siepmann

Straßen ungerecht. Zum Beispiel in der Merkelstraße haben die Anlieger zudem unter erheblichem Lärm und Emissionen zu leiden!“

Dazu **Thomas Harms, Bündnis 90/Die Grünen**: „Das ist jetzt ein ganz schlechtes Beispiel, zumal die Merkelstraße in Göttingen so etwas darstellt wie die Schloßstraße im Monopoly. Hier sollte man einmal die Gewinne aus den Werterhöhungen der letzten Jahre berücksichtigen.“



Willi Becker, Renate Bank

**Ulrich Holfleisch, Bündnis90/Grüne**, kann die Ansicht nicht teilen, dass die betroffenen Grundstückseigentümer zu stark belastet werden: „Der Wert der Immobilien steigt und steigt, ohne dass die Grundstückseigentümer die Hand dafür rühren müssen. Es ist ihnen daher ohne weiteres zuzumuten, entsprechende Rücklagen für den Erhalt der Straßen zu bilden!“ Manchmal kämen allerdings die Planungen der Stadt etwas zu plötzlich, räumte er ein.

**Dr. Welter-Schultes, Piraten und DIE PARTEI**, führte aus: „Nicht alle Immobilieneigentümer sind reich! Manche haben z. B. die Immobilien geerbt und können sie gerade so unterhalten. Andere, ältere Leute haben ihr Häuschen aus den 50er-Jahren zwar abbezahlt, aber leben von einer geringen Rente. Außerdem sind die Erhebungen nur von den direkten Anliegern der zu sanierenden



Volker Grothey,  
Ulrich Holfleisch, Tom Wedrins





Dr. Dieter Hildebrandt,  
Daniela Henkelmann, Uwe Witting

**Tom Wedrins, SPD-Fraktionsvorsitzender** erkundigte sich zunächst nach dem Gegenfinanzierungsvorschlag der FDP-Fraktion. Wenn dieser schlüssig sei, wäre er gern bereit, darüber weiter zu diskutieren. Bis dahin müsse es – mangels Alternativen – bei den bisherigen Regelungen bleiben: „Die Erhebung der Straßenausbaubeiträge ist ja kein willkürlicher Akt. Dafür haben wir eine Satzung. Die Beiträge werden von den Anliegern erhoben, da mit der Sanierung der Straßen eine Wertsteigerung der Immobilien einhergeht. Als Grundstückseigentümer sollte man darauf vorbereitet sein.“

**Dr. Dieter Hildebrandt** stellte als Alternative das sogenannte „Ansparmodell“ für einen Zeitraum von 8 – 10 Jahren

vor und bat die Anwesenden um ihre Meinung dazu. Ferner wies er darauf hin, dass es seit dem letzten Jahr den Kommunen überlassen bleibt, anstatt die Beiträge nur von den direkten Anliegern der jeweils aktuell zu sanierenden Straßen zu erheben, Quartiere zu bilden, innerhalb derer dann alle Anlieger der Straßen regelmäßig mit geringeren Beiträgen belastet werden, unabhängig welche Straße gerade im Quartier saniert würde.

**Renate Bank, SPD** findet das Ansparmodell „charmant“. Für viele Anlieger kämen die Erhebungen der Straßenausbaubeiträge plötzlich oder in nicht nachvollziehbarer Weise. Im Greitweg, Göttingen-Grone, zögen sich die Sanierungen seit 25 Jahren in Teilen fort. Ur-

sprünglich geäußerte Planungen und Kostenschätzungen sein teils völlig verworfen, teils aus nicht nachvollziehbaren Gründen erheblich abgewichen. „Hier muss dringend mehr Transparenz für die Anlieger geschaffen werden. Deswegen habe ich im Rat angeregt, den Antrag der FDP-Fraktion über die Erhebung der Beiträge in den Finanzausschuss zu verweisen, damit hierüber einmal grundsätzlich diskutiert werden kann“, führte sie aus.

**Jens Grundei, Fachanwalt für Miet- und WEG-Recht**, unterstützte die Forderung nach mehr Transparenz und berichtete aus seiner Praxis, dass es vielen Bürgern unverständlich sei, welche Gebühren und Beiträge aus welchem Rechtsgrund erhoben werden. Hier gäbe es erheblichen Beratungsbedarf in seiner Kanzlei.

**Gerd Nier, GöLinke**, kann sich ebenfalls mit dem „Ansparmodell“ anfreunden: „Es darf nicht sein, dass kleine Hausbesitzer ihre Immobilie verkaufen müssen. Manche können die Belastungen nicht tragen. Sie wollen in ihren Immobilien bleiben, in denen sie teils seit Jahrzehnten zuhause sind“.

**Volker Grothey, SPD-Fraktion**, hob hervor, dass es immer Einzelfälle gäbe, die sozial betroffen wären. Er regte an, über eine „Härtefallregelung“ in die Straßenausbaubeitragsatzung nachzudenken.

**Josef Engelhardt, Beisitzer im Vorstand von H + G Göttingen e. V.**, wies darauf



Klaus-Peter Hermann,  
Josef Engelhardt

hin, dass für die an die Straße angeschlossenen Grundstücke bereits einmal erhebliche Erschließungsbeiträge von den Eigentümern bezahlt worden wären. Ferner interessierte ihn die Höhe der Einnahmen aus der Konzessionsabgabe. Zum Dritten forderte er, dass die Einnahmen des Bundes aus Mineralölsteuern für die Erhaltung der Verkehrswege verwendet werden müssen.

**Carina Hermann, CDU-Fraktion** führte aus, dass es keine Frage sei, ob die Straßenausbaubeiträge überhaupt erhoben würden. Die Pflicht ginge eindeutig aus aktuellen OVG-Urteilen hervor. Diskutiert werden könne aber, ob wiederkehrende Beiträge in Göttingen in Frage kämen. Die Satzung insgesamt sollte im Fachausschuss genau angeschaut werden.



Parlamentarische Runde



Dr. Francisco Welter-Schultes,  
Gerd Nier, Frank-Peter Arndt

Die Vertreter aller Parteien waren sich einig, dass die Straßenausbaubeitragsatzung grundlegend und sorgfältig geprüft werden sollte, insbesondere in Hinblick auf soziale Ungerechtigkeiten sowie falsche Anreize zur Mobilität, die in den Stufen für die Beitragssätze – zwischen 45 und 75 % [letzterer Beitragssatz für verkehrsberuhigte Straßen] – enthalten seien.

**Dr. Dieter Hildebrandt** fasste abschließend die Ergebnisse des Parlamentarischen Abends zusammen, dankte allen für die rege Beteiligung und schloss mit den Worten: „Gehen wir es gemeinsam an! Wir als Verein sind stets bereit, fachkundige Beiträge in den Fachausschüssen und/oder Fraktionen zu liefern.“



Jens Grundei, Dr. Hans-Georg Scherer,  
Hans Otto Arnold,  
Thomas Harms

Nach dem Plenum wurden die Diskussionen – wie in den Vorjahren – bei einem Imbiss und Getränken im festlich gedeckten Foyer des Holbornschen Hauses und im Mittelalterlichen Garten fortgesetzt. Am Ende des Abends waren sich alle – trotz teils kontroverser Standpunkte – einig: Es war wieder ein fruchtbarer und kompetenter Austausch in sehr angenehmer und konstruktiver Atmosphäre.

set

Bildquelle: CHARAKTER